

Erneuerbare Energien im Gegenwind

Keine Linie in der Klimapolitik: „Wirrwarr ohne Perspektive“, FR-Klima vom 30. Dezember

Klimapolitik à la AfD mit Stimmen von FDP und CDU

Die FDP hat im Thüringer Landtag ein Anti-Windkraftgesetz eingebracht und inzwischen auch beschließen lassen. Dort ist sie nicht einmal eine Fraktion, sondern nur eine „Gruppe“ von vier Abgeordneten. Also verhandelte sie mit AfD und CDU. Die AfD in Thüringen gilt als „gesichert rechtsextrem“ und Höcke darf als Faschist bezeichnet werden. Und mit Hilfe dieser AfD hat die sich selbst als Rechtsstaatspartei definierte FDP einen Antrag im Landtag durchgebracht! Gleichzeitig veröffentlicht die Bundes-FDP Beiträge wie diese im Netz: „In Deutschland ist kein Platz für Antisemitismus“ und „Demokratie fördern – Extremismus bekämpfen: Dafür stehen wir Freie Demokraten“.

Die „Alternative für Deutschland mit Substanz“, sprich CDU, ist mit im Bunde! Auch sie scheint nichts gelernt zu haben. Ihr Verhalten erinnert doch sehr stark an die Äußerung von Bürgermeister Degenhard Wilderich Graf von Spee-Mirbach, die er während einer Etatberatung seiner Gemeinde Korschenbroich zum Besten gab, wonach „für den Ausgleich des Haushaltes einige reiche Juden erschlagen werden“ müssten. Hat die CDU damals Konsequenzen gezogen? Ach, der Bürgermeister hatte sich entschuldigt – erledigt! Und diese Parteien wollen die Demokratie verteidigen?

Peter Friedl, Darmstadt

Der Speckgürtel verhält sich arrogant

Wenn Windräder so viele Vorteile für die Finanzen der Gemeinden brächten, in denen sie stehen, müssten eigentlich auf dem Großen Feldberg besonders viele

Windräder stehen. Nach meinen Informationen ist das jedoch nicht der Fall. Vielmehr besteht ein umgekehrtes Verhältnis zwischen der Wirtschaftskraft von Gegenden und dem Vorhandensein von Windrädern. Manche Befürworter des Windkraftausbaus verfallen daher immer öfter in den neofeudalistischen Ton der Arroganz akademisch verbildeter Schnösel:innen aus großstädtischem Umfeld. Solche Leute stellen sich Solidarität zwischen Speckgürtel und Umland wohl wie folgt vor:

Das Umland liefert dem Speckgürtel so viel Wasser, wie er haben will; das Umland nimmt alles auf, was der Speckgürtel nicht haben will (z.B. Windkraftanlagen, deren Strom für Profite und Steuereinnahmen im Speckgürtel sorgt); Belange des Umlands ignoriert der Speckgürtel oder behandelt sie nach Gutsherrenart. Dieses Verhalten kann wohl jeder jetzt schon beim kommunalen Finanzausgleich beobachten.

Horst Acker, Bad Orb

Atomkraft ist keine Option

Erst kürzlich hörte ich wieder in einem Lokal, wie die Kernkraft gepriesen und unsere Regierung, die diesen Irrweg nicht weiter gehen will, für völlig bekloppt erklärt wurde. Frankreich mache es doch vor; wir müssten teuren Atomstrom aus Frankreich kaufen, deshalb seien die Energiekosten hier so hoch. Und sowieso sei Atomkraft das Beste für die Umwelt, da habe Greta tatsächlich mal recht.

Faktenresistenter geht es kaum. Frankreich hat viele Kernkraftwerke, aber im letzten Jahr war zeitweise die Hälfte von ihnen abgeschaltet, wegen erheblicher Schäden oder auch

mangelnden Kühlwassers (heißer Sommer). So wurde Frankreich zum größten Stromimporteur Europas, nicht etwa Exporteur, was zur Erhöhung der Energiepreise auch bei uns beigetragen hat.

Und die Umwelt? Während Fukushima mittlerweile nach Anpassung der Grenzwerte seine Radionuklide ins Meer kippt, strahlt in Teilen Süddeutschlands weiter der Pilz oder das Wildbret.

Ich war in einem Ganzkörperzähler, dessen Metallwände aus ausgebuddelten Schienen der alten Reichsbahn und gesunkenen Schiffen hergestellt worden waren. Da strahlten Menschen, die vor dem Unfall in Sellafeld geboren waren, erheblich stärker als die, die ein paar Jahre später auf die Welt kamen. Die Kinder und Jugendlichen in der Gegend von Sellafeld – sie strahlt so wie die 30-Kilometer-Sperrzone um Tschernobyl – haben eine zehnfach höhere Krebsrate als andere im Land.

Dann wäre da noch der Müll. Die 400 000 Kubikmeter radioaktiven Atommülls in Tschernobyl sind ja jetzt im Sarkophag, dem größten mobilen Bauwerk der Welt, der immerhin 100 Jahre halten soll und Milliarden gekostet hat. Bei einer Halbwertszeit von über 24 000 Jahren für Plutonium bislang eine bescheidene Summe. Auch die absaufende Asse wird ein Milliardengrab, hoffentlich rechtzeitig, sonst wird ein ganzer Landstrich unbewohnbar. Der Atomlobby ist das egal, sie hat mit ihrem „billigen Atomstrom“ Milliarden Gewinne eingestrichen und sich aus dem radioaktiven Staub gemacht. Auch der Rückbau immer mehr stillgelegter Atomkraftwerke ist nicht so ihr Ding. All das sind ja langfristige Kosten. Rainer Stockmann, Dreieich



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20240103

Die Union will mehr Gestern wagen

CDU-Grundsatzprogramm: „Fürs soziale Pflichtjahr, gegen das Gendern“, FR-Politik vom 12. Dezember

Wichtiger als populistische Phrasen

Liebe CDU, war es eine gute Idee, den Entwurf für das neue CDU-Grundsatzprogramm von einem Chatbot erstellen zu lassen? Die lieblos zusammengebastelten Textbausteine klingen, als ob die KI vorwiegend mit Reden von Friedrich Merz und AfD-Beiträgen gefüttert worden sei. Hätten sich wirkliche Menschen damit beschäftigt, wäre ein Satz wie „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland“ nie veröffentlicht worden, oder? Dieser Satz hört sich an wie eine Mischung aus CDU- und AfD-Inhalten. Gehören Musliminnen, die „unsere“ Werte teilen, zu Deutschland? Gehören fundamentalistische Christ*innen, die „unsere“ Werte ablehnen, trotzdem zu Deutschland? Gehören AfD-Wähler*innen zu Deutschland? Fast hätte ich vergessen, dass die CDU das Gendern ablehnt, weil es vermutlich nicht zu „unseren“ Werten gehört. Was

sind überhaupt „unsere“ Werte? Wer entscheidet, wer zu Deutschland gehört? Geht es wirklich um Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit oder eher um die völkische Leitkultur des Friedrich Merz? Gehört Merz zu Deutschland, obwohl er es mit den Menschenrechten nicht immer so genau nimmt?

Die Menschen am „rechten Rand“ werden weiterhin das Original wählen. Wichtiger als ein Grundsatzprogramm mit populistischen Phrasen wäre der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte. Wie Christine Dankbar geschrieben hat, geht dieser Entwurf zurück in die 90er Jahre. Ich verstehe ihn auch als Warnung vor einer künftigen Regierung unter Merz.

Hermann Roth, Frankfurt

Ist die Union wirklich noch wählbar?

Ich habe Ihren Bericht über das CDU-Grundsatzprogramm auf-

merksam gelesen. Die Themen Gendern, soziales Pflichtjahr, Atomkraftwerke wurden von ihrer Redakteurin entsprechend „gewürdigt“. Was mich veranlasst, diesen Brief zu schreiben, ist die Aussage: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Hatten wir Ausgrenzung nicht schon mal in Deutschland? Ich erinnere an die Rassengesetze von 1935. Ich hatte jüdische Vorfahren, mein Vater und meine Großeltern wurden von den Nazis ermordet. Sollen nun alle Muslime, auch die in Deutschland geborenen, ihrem Glauben abschwören? Sonst gehören sie nicht zu uns. Alle CDU-Sympathisanten sollten sich nun fragen, ob diese Union mit Merz und Linnemann noch wählbar ist. Karl-Heinz Levi, Frankfurt

Der zentrale Punkt des Programms

Zusammengefasst heißt's im neuen Grundsatzprogramm der CDU: Wir wollen in Zukunft mehr gestern wagen. Fritz Brehm, Frankfurt

Privilegien für Reiche

Steuerprivilegien: „Ministerium prüft Folgen für Hofmann“, FR vom 23.12.

Was wir ständig von interessierter Seite erfahren: Deutschland ist ein Hochsteuerland, zehn Prozent der Steuerpflichtigen zahlen rund 50 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer. Der Durchschnittsverdiener hat eine Abgabenlast von etwa 48 Prozent. Was weniger bekannt ist: 2021 verdienten rund 22 Millionen Erwachsene weniger als 19 500 Euro im Jahr und zahlten deshalb gar keine Lohn- und Einkommensteuer.

Nicht bekannt ist, dass für sehr hohe Vermögen und Einkommen Deutschland ein Niedrigsteuerland ist, ähnlich wie Frankreich. Für diese wurden laut dem Netzwerk Steuergerechtigkeit in den vergangenen 30 Jahren zahlreiche Privilegien geschaffen.

In Deutschland gibt es nach Forbes knapp 130 Milliardäre mit einem Vermögen von 550 Milliarden US-Dollar, allerdings fehlen in den zugrunde gelegten Listen eine ganze Reihe von Milliardären, und das Vermögen ist weit unterschätzt (Netzwerk Steuergerechtigkeit). Seit 1997 werden Vermögen – abgesehen von Grund und Boden – weder steuerlich erfasst noch besteuert.

Die vom Steuerzahler bezahlte Referatsleiterin Gerda Hofmann des Finanzministeriums, federführend für Erbschafts-, Grund- und Vermögenssteuer, gab „Steueroptimierern“ Informationen zum geplanten Wegfall der Steuerbegünstigung bei der Grunderwerbsteuer und beruhigte sie: „Wir haben ja Werkzeugkästen. Da bin ich mir hundertprozentig sicher, dass sie insofern ruhig schlafen können.“

Soweit die Lobbyistin, die bisher noch nicht suspendiert wurde. Dies schafft Politikverdrossenheit, die den Parteien hilft, noch weniger gegen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft vorgehen wie die jetzige Ampelregierung mit der Bremserin FDP.

Wolfgang Jeensch, Büdingen

Logische Konsequenz

Organspende: „Zu viele Menschen sterben“, FR-Politik vom 15. Dezember

Wieder ein Vorstoß zur Widerspruchslösung, wie schon einmal. Wenn ich auf ein Organ warte, warte ich darauf, dass jemand mit einem passenden Organ stirbt. Doch es gibt kein Recht auf ein Organ. Deshalb kann es nur freiwillig sein, Organe zu spenden. Da ich in anderen Ländern automatisch zur Organspenderin werde, wenn mir dort etwas passiert, trage ich schon lange einen Organspendeausweis bei mir mit einem „Nein“ zur Organspende. Ich möchte auch kein Organ erhalten. Das ist die logische Konsequenz. Ulrike Böhm, Frankfurt

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Journalistin Monica Weber-Nau über ihr Buch „Der Weg heimwärts“.
Sonntag, 21. Januar, 11 Uhr
Restaurant „Herr Franz“
Ulmenstraße 20, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über sein Buch „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Der Eintritt ist frei.
Montag, 22. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt